

# VORAN

für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft

Zum 100. Todestag  
**Leben und Werk  
von Karl Marx**  
Seite 4 und 5

Nr. 62/10. Jahrgang Februar/März 1983  
1,00 DM - Solidaritätspreis 1,50 DM

## Nein zu kapitalistischem Krisenmanagement

# FÜR EINE ABSOLUTE SPD-MEHRHEIT!

## Ein sozialistisches Programm verwirklichen!

"Ob SPD oder CDU, spielt doch keine Rolle. Die Politik ist sowieso dieselbe," hörte man oft zu Zeiten der SPD-geführten Bundesregierung. Darin widerspiegelte sich verständliche Enttäuschung über die Politik der SPD, die immer mehr Arbeiter und Jugendliche abstieß.

Doch schon nach wenigen Monaten hat die Bürgerblock-Regierung wohl vielen die Augen geöffnet. Was die SPD/FDP-Koalition mit dem kleinen

Hackebell begann, führt die CDU mit der großen Axt fort.

Dabei bringt sie jetzt erst relativ milde Angriffe vor, um bis zum Wahltermin nicht zu viele Wähler zu verschrecken. Was danach auf uns zukommt, kann man im Lamsdorff-Papier vom Herbst 82 nachlesen: Karenztage bei der Lohnfortzahlung, Senkung des Arbeitslosengeldes auf 50%...

Vor dem Hintergrund der tiefsten wirtschaftlichen Krise seit den späten 20er Jahren ist das



Kapital zu drastischen Maßnahmen gezwungen, um den Lebensstandard der Arbeiter zu senken und die Profite wieder zu erhöhen. Da sie bei solchen Maßnahmen mit dem Widerstand der Gewerkschaften und der SPD-Basis rechnen mußten, waren die Tage der sozialliberalen Koalition gezählt. Mit ein paar parlamentarischen Tricks brachte man das ganze durchs "Hohe Haus" - und schon wurde die neue Rechtskoalition aus der Taufe gehoben.

Doch die neue Koalition hatte einen denkbar schlechten Start: noch nicht mal im Amt, verloren die sie tragenden Parteien den schon gewonnen geglaubten hessischen Landtagswahlkampf. Kaum zwei Monate in Aktion, erging es ihnen bei den Hamburger Neuwahlen nicht viel anders.

Die FDP versucht, sich auf Kosten von Strauß und Zimmermann zu profilieren und rechtsliberale Leihstimmen zu fangen. In der Wirtschaft will sich auch kein Aufwärtstrend einstellen: Rekordverschuldung im Haushalt und der höchste Arbeitslosenstand der Nachkriegszeit. Mit dem Beschluß, die Ergänzungsabgabe für Reiche nun doch nicht zurückzuzahlen, haben sich CDU und FDP jetzt zwischen alle Stühle gesetzt. Auch Unternehmer- und Mittelstandsverbände grollen darüber.

Insbesondere die Hamburger Wahl zeigt, daß in dieser Situation eine absolute Mehrheit für die SPD erreichbar ist. Vorausgesetzt, die SPD-Spitze führt einen offensiven, kämpferischen Wahlkampf.

Viele Mitglieder und Anhänger der SPD werden jetzt im Wahlkampf auf Schritt und Tritt von den "Sünden" der sozialliberalen Koalition verfolgt. Denn eine Reihe der heutigen Kürzungen waren im Ansatz auch schon unter der alten Koalition vorgesehen. Man kann nicht glaubwürdig gegen die Kürzungspolitik der Schwarzen kämpfen, wenn man nicht klar die eigenen Fehler in dieser Hinsicht eingesteht. Es ist auch nicht mit der Absichtserklärung getan, eine SPD-Regierung würde "sozial ausgewogener" kürzen.

Die Arbeiter und Angestellten haben diese Krise nicht verursacht - sie dürfen auch nicht noch so "ausgewogen" dafür zur Kasse gebeten werden. Schuld an Massenarbeitslosigkeit und sinkendem Lebensstandard ist einzig und allein diese Wirtschaftsordnung, die immer wieder tiefe Krisen hervorbringt.

Deshalb muß Schluß sein mit kapitalistischem Krisenmanagement. Die SPD muß endlich wieder für ihre alten Ziele eintreten: für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit Gemeineigentum und demokratischer Planung.

Angela Bankert, Remscheid  
SPD-Mitglied

## Betriebsbesetzung bei Heckel in Saarbrücken:

# "Wir wollen ein Zeichen setzen"

Seit 4. November 1982 besetzt die Belegschaft der Saarbrücker Firma Georg Heckel ihr Werk. Seitdem die Firma von ARBED (luxemburgischer Stahlkonzern) übernommen wurde, sind ständig Arbeitsplätze abgebaut worden. Ursprünglich war die Belegschaft 450 Mann stark. Mit dem Versprechen, daß die übrigen Arbeitsplätze sicher sind, wurden ganze Abteilungen Stück für Stück dichtgemacht. Heute sind hier nur noch 220 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

Wir haben von dieser Betriebsbesetzung gehört und sind selbst nach Saarbrücken gefahren. Zuvor hatten wir Solidaritätsspenden für die Heckel-Belegschaft gesammelt, um unsere Solidarität zu bekunden. So sind z.B. im OV Mannheim-Mitte der SJD - Die Falken 95 DM zusammengekommen. In der besetzten Firma erklärten uns die Kollegen die Hintergründe ihres Kampfes.

Der Verkauf wurde durch ARBED von Burbach-Saarbrücken nach Köln verlegt. Kunden, Preise und Aufträge werden dort festgeschrieben. Durch Manipulation und Fehlorganisation ist die Firma Georg Heckel kaputtgewirtschaftet worden.



"Der Geschäftsführer sitzt in Köln, kommt alle paar Wochen, schaut kurz rein und haut wieder ab," sagte uns ein Betriebsratsmitglied.

Die Konzernleitung versucht natürlich, die Belegschaft gegeneinander auszuspielen. Sie sagt: "Wenn Heckel in Burbach dichtmacht, werden die Arbeitsplätze bei Trefil-ARBED in Köln gerettet. Aber auch in Köln wurden von ARBED Arbeitsplätze vernichtet. Wenn Heckel erst mal dicht ist, dann kommt Köln an die Reihe, weil die Produktion ins Großherzogtum Luxemburg verlegt werden soll. Das Konzernmanagement nutzt die Angst der Kölner Kollegen vor Arbeitslosigkeit aus, um zu verhindern, daß sie sich mit der Belegschaft der Firma Heckel solidarisiert."

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau (SPD) unterstützte dies sogar. Er schrieb an seinen saarländischen Kollegen Zeyer (CDU) einen Brief, in dem er ihn aufforderte, der Betriebsschließung bei Heckel zuzustimmen, um die Arbeitsplätze in Köln zu retten. (Der saarländische Ministerpräsident müßte der Betriebsschließung zustimmen, weil alle Betriebe der Weiterverarbeitung von ARBED an Bund und Land verpfändet sind.)

Der Betriebsratsvorsitzende Günter Gard, 39 Jahre, berichtete uns: "Als wir im Sommer von der Schließung unseres Werkes erfuhren, traten vier Betriebsratsmitglieder für vier Tage in den Hungerstreik, um unserem Protest Nachdruck zu verleihen und die Öffentlichkeit auf die Entlassung von 220 Arbeitern und der Schließung der Firma aufmerksam zu machen. Nach einem weiteren zehntägigen Hungerstreik von mehreren Belegschaftsmitgliedern versprach uns der Aufsichtsrat, daß sämtliche Pläne zur Schließung gestoppt werden."

Man wollte bis zum 31.10.82 Ersatzarbeitsplätze schaffen. Da ist aber überhaupt nichts passiert. Seit vier Jahren verspricht ARBED Ersatzarbeitsplätze; in dieser Zeit hat sie schon über zwei Milliarden DM vom Staat bekommen. Die zugesagten Arbeitsplätze sind keine 200, sondern gerade 56; und die stehen noch auf sehr schwachen Beinen!"

"Und wie ist es dann zur Besetzung gekommen?", wollten wir wissen.

Fortsetzung auf Seite 10

## Flick-Affäre:

# Staat und Kapital

Als vor Jahren der damalige Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose zu sagen wagte, der Staat sei der Reparaturbetrieb des Kapitalismus, ging ein Aufschrei durch die bürgerlichen Medien. Fortan war er als Ultralinkler in der SPD und "Stamokap"-Vertreter verschrien. "Stamokap" ist die Abkürzung für "Staatsmonopolistischer Kapitalismus". Dahinter verbirgt sich nichts anderes als die Feststellung, daß der kapitalistische Staat auch letztlich immer die Interessen der herrschenden Kapitalisten-Klasse vertritt.

Schon Marx und Engels beschrieben den Staat als "Aus-schub", der die gemeinschaftlichen Geschäfte der gesamten Bourgeois-Klasse verwaltet". Lenin hatte in seinen Schriften auf die engen Verflechtungen zwischen Banken, Konzernen und Staat hingewiesen. Dies alles sei jedoch - so hörte man es immer von rechter sowie führender sozialdemokratischer Seite - frei erfunden, reine Ideologie, mit einem Wort: theoretische Spinnerei von Marxisten.

Nun, den Ungläubigen kann geholfen werden. Die Beschäftigung mit der Flick-Affäre und den entsprechenden Veröffentlichungen im "Spiegel" genügt vollkommen. Die darin auszugewählte veröffentlichte Verteidigungsschrift des inzwischen gefeuerten Flick-Managers Eberhard von Brauchitsch enthält einige interessante Beschreibungen der Verbindungen zwischen Wirtschaftskapitänen und Staatslotsen. Selbst der "Spiegel" schreibt, die Brauchitsch-Schrift gehe "über alles hinaus, was linke Stamokap-Ideologen über die Instrumentalisierung der Politik durch das Kapital" zusammengeschrieben haben", und lasse "den TV-Antihelden J.R. provinziell erscheinen".

Diese Veröffentlichungen zeigen, daß auch in die Parteien hineingewirkt wird. Da wurde in NRW Heinrich Köppler gegen Kohl-Widersacher Biedenkopf finanziell unterstützt, der rechte FDP-Flügel gegen den linken.

Von Brauchitsch beschreibt sich selbst als "Lobbyist, wenn man unter Lobby richtigerweise das systematische Bemühen vor allem von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden versteht, mit der Exekutive und Legislative in nutzbringender Verbindung zu bleiben".

Und nutzbringend waren die Verbindungen in der Tat! Dem Flick-Konzern wurde die Versteuerung des 2-Milliarden-Gewinns aus dem Verkauf von Daimler-Benz-Aktien erspart.

Zu diesem Zweck mußte man sich offenbar besonders der SPD widmen, in deren Reihen einige gegen das Steuer-geschenk an Flick aufmuckten, wie z.B. der SPD-Abgeordnete Spöri. Ansprechpartner war der damalige SPD-Schatzmeister Alfred Nau. Originalton des Schriftsatzes: "Bezüglich seiner Möglichkeiten zur Einflußnahme auf seine Parteikollegen verwies Nau auf einen auf sein persönliches Ansehen innerhalb der Partei und legte darüberhinaus dar, daß er von seinen Parteikollegen immer wieder um Gefälligkeiten im Bereich der Finanzierung politischer Sonderaktionen ... gebeten werde ... Im Gegenzug zu der Erweisung solcher Gefälligkeiten könne er sich für seine politischen Gestaltungsvorstellungen bei seinen Parteikollegen besonderes Gehör verschaffen ..."

Eine Hand wäscht die andere.

Nach vollzogener Tat wurde der immer noch mosemde SPD-Abgeordnete Spöri in einem offenen Brief von Lambsdorffs Staatssekretär Schlecht über die Rechtmäßigkeit der "Verwaltungsentscheidung" aufgeklärt. An der angemessenen Abfassung des Briefes beteiligte sich niemand anders als - der Flick-Direktor Fritz Wacker.

Auch sonst war die SPD Objekt der Konzern-Beobachtungen. Gute Beziehungen bestanden anscheinend besonders zum rechten, marktwirtschaftlichen Flügel. SPD-Mitglieder mit Flick-Beraterverträgen fungierten als Kontakte, Informanten und Geldüberbringer zu Politikern der sozialliberalen Koalition. An die SPD-eigene Friedrich-Ebert-Stiftung sind Millionen-Summen aus den Flick-Kassen geflossen.

Zumindest dieser letzte Punkt ist von Nau in seiner Vernehmung bestätigt worden. Sollte auch nur ein Teil der Behauptungen stimmen, so müssen wir als SPD-Mitglieder davon ausgehen, daß Großkonzerne in unsere Partei hineinregieren und beste Beziehungen zu unseren Spitzenpolitikern haben. Es wird Zeit, daß die Parteiführung zu dieser politischen Seite des Skandals Stellung bezieht und sämtliche Finanzquellen der Partei offenlegt.

## SPD-Wahlprogramm:

# SOLIDARPAKT MIT DEM KAPITAL?

Am 21. Januar haben 400 Delegierte auf dem SPD-Wahlparteitag in Dortmund das Wahlprogramm verabschiedet. Dieses Programm wurde stark vom Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel beeinflusst, der in einer zweistündigen Rede seinen Standpunkt klarmachte. Angesichts der unsozialen Politik der Kohl-Regierung erwarten die Anhänger der SPD einen grundlegenden Wechsel. Ist das Wahlprogramm - wenn es verwirklicht wird - in der Lage, die Hoffnungen von Millionen von Arbeitern und Jugendlichen zu erfüllen?

Ein Kanzler Hans-Jochen Vogel will in den ersten 100 Tagen seiner Regierungszeit die von der CDU und FDP eingeführten Änderungen beim Mietrecht, Kürzungen beim BAFÖG und die Selbstbeteiligung bei Krankenhausaufenthalten und Kuren rückgängig machen. Aber die von der sozialliberalen Koalition eingeführte Staffelmiete bei Neubauten (nur ein Beispiel!) ist auch unsozial! Und in Nordrhein-Westfalen, wo die SPD eine absolute Mehrheit hat, gibt es genauso Kürzungen.

Auf die Genfer "Abrüstungsverhandlungen" will Vogel mit dem Ziel einwirken, die Aufstellung der NATO-Raketen in der BRD "entbehrlich" zu machen. Zudem meint er: "In den übersteigerten Rüstungsausgaben liegt einer der Hinderungsgründe für die Überwindung der weltweiten Arbeitslosigkeit". Aber ist dies allein nicht schon Grund genug, mit gutem Beispiel voranzugehen, und für eine radikale, einseitige Abrüstung einzutreten?

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit soll ein Beschäftigungshaushalt für 1983 bis 1985 aufgestellt werden. Die Unternehmer, Banken, die öffentliche Hand und die Gewerkschaften werden aufgefordert, in einem "nationalen Solidarpakt" gemeinsam die Krise zu meistern. Dies soll nicht gehen, "ohne daß alle

Opfer bringen".

Auch wenn Vogel beteuert, daß es sich hier nicht um eine Wiederauflage der "Konzertierten Aktion" handelt, bedeutet dies doch in der Praxis nichts anderes. Damit sollen die Gewerkschaften an die Kandare genommen und den Unternehmern mehr Handlungsspielraum geschaffen werden.

Dabei hat die gesamte Entwicklung seit 1975 bewiesen, daß eine gemeinsame Lösung mit den Kapitalisten unmöglich ist.

Wie soll das aussehen, wenn die Banken und Unternehmer "Opfer bringen"? Wir hoffen: durch höhere Löhne und Gehälter, die einen Ausgleich für die Inflationsrate und den Reallohnverlust der letzten Jahre bringen. Aber dies ist nur im Kampf gegen die Unternehmer zu erreichen!

Die ganze Rede Vogels auf dem Parteitag war von dem Gedanken geprägt, daß eine Lösung der Krise nur im Rahmen der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung möglich ist. Arme und Reiche sollen gleichermaßen Opfer bringen und durch eine Politik der Kompromisse und kleinen Schritte allmählich zur Überwindung der Probleme beitragen.

Dabei gibt er offen zu, daß selbst diese kleinen Schritte heute oft nicht finanzierbar sind. Das ist keine Antwort auf die Fragen von Millionen Arbeitern und Wohnungssuchender.

Andere Bereiche im Programm, wie etwa die Abschaffung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer, die Gleichstellung der Frau, der Vorrang für Umweltschutz, werden von der Basis begrüßt.

Aber eine neue Stelle im Kanzleramt für Frauenfragen schafft noch keine Lohngleichheit zwischen Mann und Frau, und ein neues Umweltministerium alleine rettet noch nicht unsere bedrohten Wälder und verseuchten Flüsse.



Bei dieser Wahl müssen wir jede Stimme für die SPD kämpfen. Aber SPD wählen allein genügt nicht. Die Partei muß sich voll auf die Seite der arbeitenden Bevölkerung stellen. Keine faulen Kompromisse mit dem Kapital, sondern Massenmobilisierung der Anhänger für ein sozialistisches Programm!

Dieter Janßen, Mannheim  
 SPD-Mitglied

## VORAN-SEMINARE

Am Wochenende 19./20. März 1983 finden drei regionale VORAN-Seminare in Hamburg, Köln und Stuttgart zu folgenden Themen statt:

-Marxismus - ein alter Hut?  
 Seine Bedeutung 100 Jahre nach dem Tod von Karl Marx

-Wie geht es weiter nach der Bundestagswahl?

Kontaktadressen:

Joachim Heuck  
 Holtenklinker Str. 49  
 2050 Hamburg 80  
 Tel. 040/7245381  
 Felicity Garvie  
 Theodor-Heuss-Ring 28  
 5000 Köln 1  
 Tel. 0221/121201  
 Leo Schiffer  
 Königstr. 3  
 5100 Aachen  
 Tel. 0241/36784  
 Ursula Beck  
 Staffelstr. 1  
 7000 Stuttgart 1  
 Tel. 0711/437700

## kampffonds

SPENDENKONTO:  
 Angela Bankert  
 PschA Essen  
 2422 50 - 432

## HELFT UNS BEI ANSCHAFFUNGEN

Im letzten Jahr haben wir ein Rekordergebnis erzielt. Fast hätten wir die 20.000,- DM-Grenze erreicht, nachdem im Dezember noch einmal knapp 3.000,- DM eingingen. 3.000,- DM ist auch etwa die Summe, die wir unbedingt monatlich brauchen, um unsere fixen Kosten zu decken.

Für den Umzug der Redaktion (siehe Impressum) ist jetzt einiges Geld draufgegangen. Wir mußten die Räume ausstatten, Möbel hinzukaufen und auch eine höhere Miete zahlen. Doch dafür haben wir jetzt auch wesentlich bessere und geeignete Redaktionsräume.

Als nächste Anschaffung planen wir den Kauf eines neuen Überschriften-Setzgerätes. Das alte hat seine Schuldigkeit getan und zeigt mehr und mehr "Macken". Darunter hat auch die Qualität der Überschriften gelitten, wie manchen vielleicht schon aufgefallen ist.

Ein solches Gerät, wenn es möglichst modern sein und für die nächsten 10 Jahre halten soll, kostet rund 10.000,- DM, die wir neben der Deckung unserer laufenden Kosten aufbringen müßten. 5.000,- DM dafür haben wir auf der "hohen Kan-

te". Die weiteren 5.000,- DM müssen wir mit besonderen Anstrengungen hereinholen.

Kölner VORAN-Anhänger haben dies zum Jahresbeginn bereits getan und uns in den ersten Wochen schon 816,43 DM überwiesen. Aus Remscheld sind uns ebenfalls in Kürze 500,- DM versprochen worden. 10 VORAN-Leser werden die Aufwandsentschädigungen für ihre Tätigkeit als Wahlbeisitzer bei der Bundestagswahl in Höhe von 50,- DM an uns spenden.

Diese Beispiele sind sicher auch anderswo möglich.

**Wofür tritt VORAN ein?**

# DEMOKRATISCHE PLANWIRTSCHAFT IST BESSER

Sozialisten sind keine abgehobenen "Weltverbesserer" und "Sandkastenspieler". Wir wissen auch, daß sich Millionen Arbeiter jetzt noch nicht für die Politik interessieren.

Aber die vielen Erschütterungen in den nächsten Jahren werden viele aus Ihrem Trott reißen und ihnen klarmachen, daß eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft notwendig ist.

"Was für einen Sozialismus wollt Ihr denn überhaupt?", werden wir oft von unseren Lesern, Kollegen und Genossen gefragt. "Ihr habt schon recht, so kann es mit der Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Wettrüsten und Umweltverschmutzung einfach nicht weitergehen. Aber wie soll es denn praktisch funktionieren, wenn's nach Euch geht? Kommen bei einer Planwirtschaft nicht doch immer solche Fehlplanungen raus wie im Osten?"

**Gemeineigentum**

Bei wachsender Arbeitslosigkeit sehen sich immer mehr Belegschaften vor die Alternative gestellt, entweder mit allen Mitteln den vorhandenen Betrieb zu retten oder womöglich für immer ohne Arbeit und Existenzgrundlage dazustehen. Es gibt täglich kleinere und größere Kämpfe gegen die Arbeitsplatzvernichtung bis hin zur Besetzung eines bedrohten Betriebes durch die Belegschaft.

Schon öfters haben betroffene Belegschaften die Übernahme des Betriebes durch den Staat gefordert, und die Vertrauensleute der Stahlkonzerne an der Ruhr sowie die IG Metall Dortmund fordern die Verstaatlichung der gesamten Stahlindustrie.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist ein zentraler Eckpfeiler der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Solange die überwiegende Mehrheit der Betriebe in Privathand bleibt,



In einer demokratischen Planwirtschaft haben wir alle früher Feierabend

und die wirtschaftliche Macht bei wenigen Großaktionären, Banken und Versicherungen konzentriert ist, solange wird diese kleine Minderheit über unsere Arbeitsplätze, unser Leben und die staatliche Politik bestimmen.

Darum kann von wirklicher Demokratie nur dann die Rede sein, wenn die Großkonzerne, die Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt sind.

**Staatsbetriebe**

Das Beispiel mit der Bahn dient immer als Vorwand zu der Behauptung, bei staatlichen Betrieben würde eh nur Mißwirtschaft rauskommen. Abgesehen davon, daß in Staatsbetrieben die Arbeiter ebensowenig zu sagen haben wie in Privatkonzernen, müssen sich die Staatsbetriebe immer den Zwängen und Gesetzen des kapitalistischen Systems unterwerfen, solange die Schlüsselbereiche der Wirtschaft, die Großkonzerne, Banken und Versicherungen immer noch in Privathand sind. In vielen Ländern (England, Österreich, Italien...) waren die Kapitalisten nach 1945 sogar regelrecht froh darüber, daß der Staat (ihr Staat) ihnen unrentable und heruntergekommene Industriezweige zu üppigen Entschädigungen aufgekauft hat. Ebenso hat jetzt in Frankreich unter Mitterrand der Staat ein paar Konzerne eingekauft.

Eine solche staatskapitalistische "Verstaatlichung" hat aber mit Sozialismus wenig zu tun. Wir wollen ja nicht nur die Verluste auf den Staat abwälzen (d.h. auf unsere Steuergelder) und die Gewinne privat lassen! Wir wollen den Kapitalismus abschaffen und ihn nicht aufkaufen. Die Kommandozentralen der wirtschaftlichen Macht müssen in Staatshänden ruhen, damit Produktion, Investition und Planung der verschiedenen Betriebe aufeinander abgestimmt werden können und die verschwenderische Überproduktion ausgeschaltet wird.

**Arbeiterverwaltung**

Die verstaatlichten Betriebe dürfen dann aber nicht einfach weiter von einem bürokratischen Management geführt werden.

Die Arbeiter müssen die Kontrolle ausüben. Die Belegschaft muß vollen Einblick in die Geschäftsbücher und -vorgänge haben.

Gleichzeitig darf es aber nicht dazu kommen, daß die Belegschaften verschiedener Betriebe derselben Branche gegeneinander konkurrieren. Daher ist ein System umfassender Arbeiterverwaltung notwendig. Es muß sichergestellt werden, daß bei der Planung und Kontrolle, bei der Investition und Produktion die Gesamtinteressen aller Arbeitnehmer wie auch anderer Bevölkerungsschichten (Hausfrauen, Jugend, Rentner) einbezogen werden. Darum könnten die Aufsichtsräte der verstaatlichten Firmen folgendermaßen zusammengesetzt sein:

- \*ein Drittel Vertreter der Belegschaft, damit ihre Erfahrung, Betriebspraxis und Ideen voll zum Ausdruck kommen
- \*ein Drittel Delegierte des DGB, die das Interesse der Arbeiterklasse insgesamt zur Geltung bringen
- \*ein Drittel Vertreter des Staates, um die Interessen einer "breiten Öffentlichkeit" nicht zu vergessen und die Produktion mit der ganzen staatlichen Rahmenplanung zu koordinieren.

Durch ein solches "Drittelmodell" könnte verhindert werden, daß zentrale staatliche Instanzen alleine von oben her bestimmen, wie auch, daß nach jugoslawischem Muster einzelne Belegschaften gegeneinander ausgespielt werden.

Zur Arbeiterverwaltung gehört auch, daß alle anderen Bereiche der Gesellschaft (Presse, Fernsehen, Bildungswesen, Kultur...) der Überwachung durch die Kapitalisten entrissen und von der organisierten Arbeiterbewegung kontrolliert werden.

**"Geht doch nach drüben!"**

"Aber geht doch nach drüben und guckt Euch mal an, was rauskommt bei dieser Verstaatlichung", halten uns viele entgegen.

Das Hauptübel liegt aber nicht darin, daß die Betriebe und das Land nicht mehr dem Unternehmer oder dem Gutsherrn gehören. Denn ohne wirkliche demokratische Kontrolle durch die Arbeiter kann eine Planwirtschaft nicht funktionieren. Die politische Macht liegt in diesen Staaten bei einer abgehobenen privilegierten Bürokratschicht, deren Spitzen so gut leben wie westliche Millionäre. Für Lenin gehörte zum Wesen einer echten Arbeiterdemokratie, daß

\*alle Funktionäre demokratisch gewählt werden und jederzeit von ihrer Basis abgewählt werden können.

\*kein Funktionär mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen darf.

\*durch Arbeitszeitverkürzung alle Arbeiter in der Lage sind, an der Verwaltung und Kontrolle mitzuwirken.

Heute ist keiner dieser Punkte in den sogenannten "sozialistischen" Staaten verwirklicht.

**Planwirtschaft ist besser**

Eine demokratische sozialistische Planwirtschaft würde in einem hochentwickelten Industriestaat wie der BRD schon bald ihre Überlegenheit beweisen:

- Es wird planvoll nach Bedarf produziert, sinnlose und teure Überkapazitäten und chaotische Überproduktion werden von vornherein ausgeschaltet.
- Die Produkte werden einheitlich, ohne daß für den Verbraucher Nachteile entstehen (Waschmittel, Autos, Elektrogeräte). Dafür fallen die Unsummen weg, die heutzutage für irrsinnige Reklame und Verpackung ausgegeben werden.
- Technische Erfindungen und Neuerungen werden nicht mehr aus Konkurrenzgründen zurückgehalten, sondern umfassend in allen Firmen angewandt.
- Die Güter werden nicht mehr auf baldigen Verschleiß hin produziert, sondern länger haltbar gemacht (Damenstrümpfe, Glühbirnen, Autos, Textilien...)
- Modernste Technologie, die im Kapitalismus millionenfache Arbeitslosigkeit zur Folge hat, dient in der Planwirtschaft zur massiven Senkung der Arbeitszeit ohne Lohnverlust.
- Statt privatem Profit steht der Mensch im Mittelpunkt der Wirtschaft. Umwelt, Rohstoffe und Natur werden langfristig sinnvoll eingesetzt und nicht in kurzer Zeit verschwendet oder zerstört.

**Beispiel Hamburg:**

## SPD-SIEG IST MÖGLICH

Die Hamburger Bürgerschaftswahl vom 19. Dezember 1982 war eine Testwahl für den 6. März. Nachdem die SPD wieder mit 51,3% die absolute Mehrheit gewonnen hat, hoffen jetzt wieder mehr Mitglieder der Partei auf eine absolute Mehrheit auch auf Bundesebene.

Die Wahlbeteiligung war diesmal mit 84% so hoch wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr bei einer Bürgerschaftswahl. Die großen Reserven, die die SPD unter Arbeitern und Jugendlichen hat, konnten so gut mobilisiert werden.

Näher betrachtet hat die SPD gegenüber der Wahl im Juni jetzt 120.000 Stimmen hinzugewonnen, weitgehend aus dem Lager derer, die damals gar nicht wählen gegangen waren.

SPD-Gewinne gab es in allen Altersgruppen, vor allem aber unter den 18 bis 25jährigen.

Die CDU hat gegenüber Juni 15.000 Stimmen verloren, und die FDP hat sich fast halbiert.

Die Grün-Alternativen von der GAL konnten sich mit über 70.000 Stimmen fast halten.

Aber immerhin haben noch 20% der unter 35jährigen GAL gewählt - aus Unzufriedenheit mit der Haltung der SPD-Führung.

Wir können uns darüber freuen, daß die NPD-Tamorganisation HLA (Hamburger Liste für Ausländerbegrenzung) von 6.200 auf 2.800 Stimmen zurückgegangen ist. Dies zeigt, daß die Faschisten gegenwärtig äußerst schwach sind und von einem Rechtsruck in der Bevölkerung nicht die Rede sein kann.

Grüne Stimmen sind Proteststimmen gegen die Spar-, Umwelt- und Rüstungspolitik der SPD-Führung. Insofern sind grüne Stimmen linke Stimmen.

Zieht man die linken Gesamtstimmen (SPD, GAL o.ä., sonstige) zusammen, so zeigt sich gegenüber der Wahl von 1978 hier ein Zuwachs von über 70.000 Stimmen.

Das Hamburger Ergebnis zeigt, daß unsere Partei nur gewinnen kann, wenn sie unabhängig auftritt und sich von bürgerlichen Parteien wie der FDP freimacht.

Vor 100 Jahren starb Karl Marx

DER MARXISMUS LEBT

Leben und Werk - nicht nur ein Theoretiker

Manifest der Kommunistischen Partei... Gespenst des Kommunismus... Vorwurf des Kommunismus... Zeit das die Kommunisten...

Die Militärdiktatoren dieser Welt - die Pinochet und Co. - betrachten den Marxismus (zu Recht) als ihren Todfeind.

Die stalinistischen Bürokraten dieser Welt - die Honecker, Andropow, Deng und Co. - berufen sich (völlig zu Unrecht) auf Marx.

Die kapitalistischen Politiker dieser Welt - die Reagan, Thatcher, Kohl und Co. - haben Angst vor einem Erstarren des Marxismus in der Arbeiterbewegung.

Was ist das für ein Mann, von dem noch 100 Jahre nach seinem Tode alle Welt redet, über den man sich "in die Haare kriegt"...

Sein Leben: ...nicht nur ein Theoretiker!

Karl Marx ist zusammen mit Friedrich Engels der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus - eben des Marxismus.

Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern."

Bürgersohn und Akademiker

Entgegen weitverbreiteten Annahmen wurde noch nicht einmal Karl Marx als Marxist geboren.

Mit 23 Jahren verließ er mit einem Dokortitel die Universität.

als die eines radikalen Demokraten kennzeichnen. (In Deutschland, das in viele absolutistische Königreiche und Fürstentümer zersplittert war...

Materialist

1842/43 war Marx Mitarbeiter - zeitweise Chefredakteur - der "Rheinischen Zeitung"...

"Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt, ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt."

Im Herbst 1843 übersiedelt Marx nach Paris und beginnt mit der Herausgabe einer radikalen Zeitschrift...

Parteigründer

1845 wird Marx auf Betreiben der preußischen Regierung als gefährlicher Revolutionär aus Paris gewiesen.

Was ist das Schicksal eines Revolutionärs in revolutionären Zeiten? Er wird ausgewiesen, verfolgt, ausgewiesen...

Gejagter Agitator

Marx wird zunächst vor Gericht gestellt, dann aus Preußen ausgewiesen; die Zeitung muß eingestellt werden.



Wohnungselend der Proletarier am Kottbuser Damm bei Berlin 1872

Armer Ökonom

Während dieser Zeit litten Marx und seine Familie zumeist unter materieller Not; ohne die ständige finanzielle Unterstützung...

SPD - Mitbegründer

In Deutschland entstand zu dieser Zeit - unter wesentlicher Beteiligung des Marx'schen Gedankenguts - die Sozialdemokratische Partei.

Bereits 1875 vereinigte sich die SDAP mit dem bereits 1863 von Lassalle gegründeten "All-

Von Beginn an war also der Marxismus eine der Wurzeln und Haupttriebkraft in der Entwicklung der SPD - ja, er prägte sogar jahrzehntlang das Programm der Partei.

Die letzten Jahre

Nach dem Zusammenbruch der Pariser Kommune 1871, des im Kern ersten Arbeiterstaates, erlebte der Kapitalismus einen weltweiten Aufschwung.

Massenparteien des Proletariats. Dies wiederum bereitete die Gründung einer neuen, der II. Internationale vor (1889).

Die gleichzeitige angestrengte Arbeit für die Internationale und an seinen theoretischen Studien untergruben Marx' Gesundheit endgültig.

# SEIN WERK...

## DIALEKTISCHER MATERIALISMUS

In der gesamten Geschichte der Philosophie gab es immer zwei konkurrierende Anschauungen: den Idealismus und den Materialismus. Die Grundlage der Marx'schen Philosophie ist der Materialismus.

Für die Idealisten ist der Geist, das Denken, die Idee das Ursprüngliche, von dem alles Materielle abhängt. Ideen bestimmen die Entwicklung der materiellen Welt; Natur und Geschichte sind Widerspiegelungen des Geistes. Der Marxist sieht im Materiellen - in der Natur und in den menschlichen Produktionsverhältnissen die reelle Basis, über der sich ein geistiger und politischer "Überbau" erhebt. Das Sein bestimmt das Bewußtsein und nicht umgekehrt. Letztlich läuft der philosophische Idealismus "stets, auf diese oder jene Art, auf eine Verteidigung oder Unterstützung der Religion hinaus" (Lenin); der Mensch und die Materie wurden von einem göttlichen Geist geschaffen.

Marx blieb in seiner Philosophie nicht beim Materialismus alter Prägung stehen; er erweiterte und vervollständigte ihn um ein entscheidendes Element: die Dialektik. Sie ist die Wissenschaft von den allgemeinen Be-

Gesellschaft und des menschlichen Denkens anwendbar. In dem Marx und Engels den dialektischen Materialismus auf die Geschichte anwandten, entwickelten sie den historischen Materialismus (HISTOMAT).

"Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften ist die Geschichte von Klassenkämpfen. . .

Unterdrücker und Unterdrückte standen im stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete, oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen. . .

Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat." ("Kommunistisches Manifest. 1848).

"Die Geschichte der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ist gekennzeichnet durch eine Abfolge verschiedener ökonomischer Systeme, die alle nach eigenen Gesetzen

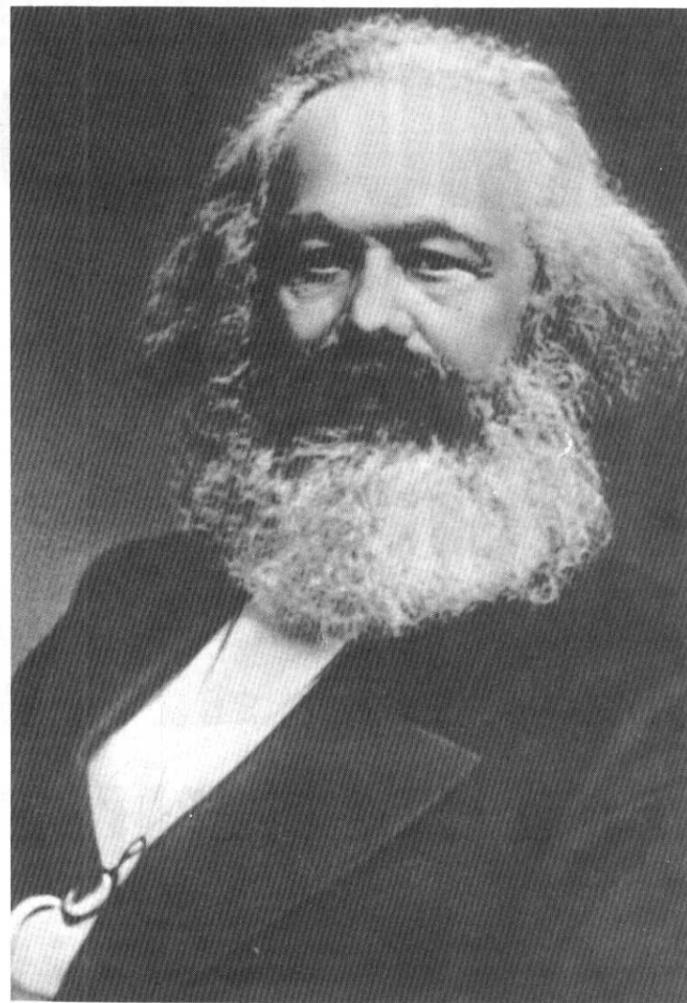
## Politische Ökonomie

Nachdem Marx erkannt hatte, daß die ökonomische Struktur die Basis ist, auf der sich der politische Überbau erhebt, verlegte er den Schwerpunkt seiner theoretischen Arbeit auf das Studium der Ökonomie. In seinem Hauptwerk, dem "Kapital", machte er sich daran, "das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen", d.h. der kapitalistischen Gesellschaft.

Im Zentrum der Marx'schen Wirtschaftstheorie steht die Arbeitswerttheorie. Sie besagt im Kern, daß der Wert jeder Ware durch die Menge der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bestimmt wird, die zur Produktion der Ware erforderlich ist. Die Quelle aller Werte ist also die Arbeitskraft des Menschen, die im Kapitalismus selbst zur Ware wird; der Lohnarbeiter ist gezwungen, seine Arbeitskraft dem Besitzer der Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen usw.) zu verkaufen.

Einen Teil seiner Arbeit leistet der Arbeiter, um sich seinen und seiner Familie Unterhalt zu verdienen ("Wert" der Arbeitskraft,

Lohn); den anderen Teil jedoch arbeitet er unentgeltlich: er schafft "Mehrwert" für den Kapitalisten, die Quelle des Profits. Die Profite der Unternehmer sind die unbezahlte Arbeit der Arbeiter.



# ...ANLEITUNG ZUM HANDELN

Der Marxismus ist ein umfassendes, in sich schlüssiges System von Anschauungen und Theorien. Aber er ist kein Dogma, kein feststehendes Gebilde von Aussagen und Lehrmeinungen, die immerwährende Gültigkeit beanspruchen. In erster Linie ist der Marxismus eine Methode, mit der man die Welt, die Gesellschaft untersucht, mit der man vergangene und gegenwärtige Entwicklungen analysieren kann, um daraus Perspektiven für die Zukunft entwickeln zu können. Ein Marxist zeichnet sich gerade dadurch aus, daß er das methodische Instrumentarium, das ihm der Marxismus zur Verfügung stellt, immer wieder neu auf die veränderten Bedingungen seiner Zeit und seiner Gesellschaft anzuwenden weiß.

Welches ist der materielle Hintergrund bestimmter Erscheinungen und Tatbestände? Welche Entwicklungen sind abgelaufen? Welche Zusammenhänge und Abhängigkeiten spielen eine Rolle? Welche Klasseninteressen lassen sich feststellen? Das sind Fragen, die ein Marxist immer wieder zu stellen hat.

Und dann noch eine, sehr wichtige Frage: Wie kann ich eingreifen, um zusammen mit anderen der Sache der arbeitenden Menschen, der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu dienen? Wie kann ich mich und die anderen organisieren, was muß getan werden?

Der Marxismus ist kein Marxismus, wenn er sich auf die Theorie, die Analyse beschränkt. Der Marxismus ist "Anleitung zum Handeln"!

In der Zeit des "Wirtschaftswunders" glaubten viele, der Kapitalismus habe seine Krisen überwunden, der Marxismus sei veraltet und gehöre nicht in dieses Jahrhundert. Auch so mancher "Linker" schloß sich diesem Meinungstrend an. Heute gehört schon eine gehörige Portion "Betriebsblindheit" dazu, vor der brennenden Aktualität der Marx'schen Lehre die Augen zu verschließen.

Hat unsere hochgelobte Marktwirtschaft nicht inzwischen zur Genüge ihre Krisenhaftigkeit bewiesen? (Die Krise ist doch mittlerweile schon fast zur Dauer Einrichtung geworden). Wird unsere Wirtschaft - und dieser Staat - nicht von 100 oder 200 Großkonzernen und Banken beherrscht? Haben wir etwa keine "industrielle Reservearmee", keine Massenarbeitslosigkeit in Millionenhöhe (mit zunehmender Tendenz)? Wird nicht der "Sozialstaat" nach und nach demontiert? Ist nicht unsere Umwelt genauso tödlich bedroht wie der Frieden?

All dies hat Karl Marx vor über 100 Jahren aufgezeigt: als die zwangsläufige Konsequenz des kapitalistischen Systems und seiner Widersprüche. Er sagte den Zerfall, den Niedergang dieser Gesellschaftsform in allen Einzelheiten voraus. Aber er erklärte auch, daß es keinen automatischen Übergang zum Sozialismus, keine "Endkrise" des Kapitalismus geben könne, sondern daß dieses überlebte System durch das bewußte Handeln der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen gestürzt werden müsse.

Es kommt darauf an, diese Welt zu verändern - und zwar schnell, denn es ist allerhöchste Zeit!

Joachim Heuck, Hamburg  
Mitglied der SPD-Bergedorf

## BÜCHEREMPFEHLUNGEN

Lenin: Kai Marx (Kurzer biographischer Abriss mit einer Darlegung des Marxismus - ca. 40 Seiten)

Lenin: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus (8 Seiten)

Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei (ca. 45 Seiten)

Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (ca. 50 Seiten)

Marx: Lohn, Preis, Profit (Abschnitte 6. bis 14. - ca. 30 Seiten)

## Engels am Grabe von Marx:

"Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte: die bisher unter ideologischen Überwucherungen verdeckte einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können; daß also die Produktion der unmittelbaren

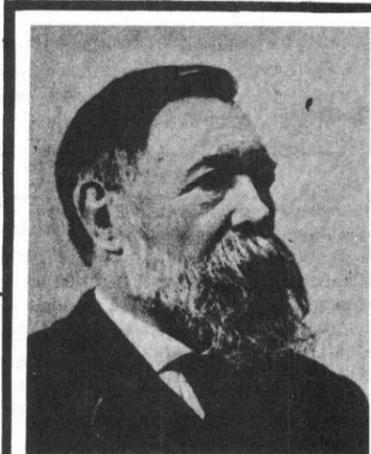
materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnitts die Grundlage bildet, aus der sich die Staats-einrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben und aus der sie daher auch erklärt werden müssen - nicht, wie bisher geschehen, umgekehrt...."

ter - das ist das "Geheimnis der Plusmacherei" (Marx).

Die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander zwingt diese zu einem immer effektiveren Einsatz ihres Kapitals; dabei setzen sich die "Starken" durch, die "Schwachen" und "Kleinen" bleiben auf der Strecke. Das Kapital konzentriert sich in immer größeren Fabriken und Konzernen (Monopolisierung), die Arbeitsproduktivität wird immer mehr gesteigert.

Die Produktion hat durch die Zusammenfassung von Hunderttausenden, Millionen von Arbeitern zu einem planmäßigen Wirtschaftsorganismus zunehmend gesellschaftlichen Charakter; die Aneignung (der Profite) erfolgt jedoch nach wie vor privat, durch eine Handvoll von Kapitalisten. Dieser Grundwiderspruch des Kapitalismus hat Überproduktion zur Folge.

Es besteht eine paradoxe Situation: Die Läger der Konzerne platzen vor lauter unverkäuflicher Waren aus allen Nähten, während die Menschen, die diese Güter dringend brauchen, sie nicht bezahlen können. Firmen gehen bankrott, das Heer der Arbeitslosen - die "industrielle Reservearmee" - wächst, ebenso die Existenzunsicherheit und die Armut der Arbeiter und ihrer Familien.



Friedrich Engels (1820-1895)

wegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Gesellschaft und des Denkens.

Die Dialektik versteht die Entwicklung in Natur und Gesellschaft als einen ständigen Prozeß der Veränderung. Nichts ist stabil oder endgültig, "alles fließt" und ist vergänglich. Die Welt ist "ein Komplex von Prozessen, worin die scheinbar stabilen Dinge. . . eine ununterbrochene Veränderung des Werdens und Vergehens durchmachen" (Engels). Dieser Entwicklungsprozeß ist von Widersprüchen und deren Überwindung gekennzeichnet; er verläuft nicht selten in Sprüngen, Katastrophen, Revolutionen" (Lenin).

Nehmen wir den Menschen selbst: entgegen den Behauptungen der Kirche ist er nicht das Produkt einer göttlichen Schöpfung, aus der er bereits in der uns heute bekannten Form hervorgegangen ist. Vielmehr ist der heutige Mensch das vorläufige (Zwischen-)Ergebnis einer langen Entwicklungsgeschichte, deren Ursprünge im Tierreich liegen.

## HISTORISCHER MATERIALISMUS

Der Materialismus und die Dialektik sind die grundlegenden Konzepte der Philosophie; sie sind auf alle Bereiche und Erscheinungen der Natur, der

funktionieren. Der Übergang von einem System zu einem anderen wurde stets durch das Wachstum der Produktionskräfte herbeigeführt, d.h. der Technik und Organisation menschlicher Arbeit. Bis zu einem bestimmten Punkt in der Entwicklung sind die gesellschaftlichen Veränderungen quantitativer Art; sie ändern noch nicht die Grundlage der Gesellschaftsformation, d.h. die vorherrschenden Produktions- bzw. Eigentumsverhältnisse. Wird aber ein bestimmter Punkt erreicht, an dem die gereiften Produktionskräfte mit den alten Eigentumsverhältnissen in Konflikt geraten, dann erfolgt eine radikale Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung, begleitet von revolutionären Schocks." (Trotzki)

Der historische Materialismus zeigt also, wie sich aus einer Form des gesellschaftlichen Lebens, als Folge des Wachstums der Produktionskräfte, eine andere, höhere Form entwickelt - wie z.B. aus dem Feudalismus der Kapitalismus hervorgeht.

Der Übergang von einer Gesellschaftsform zu einer anderen höher entwickelten, ist jedoch auf gar keinen Fall ein automatischer Prozeß, der sich von allein vollzieht. Ein solcher Übergang wird letztlich durch menschliche Aktivität, durch das Handeln gesellschaftlicher Klassen vollzogen.

## Automobilkrise in den USA

# ARMUT UND HUNGER IM REICHSTEN LAND DER WELT

## Mangel trotz Überproduktion

Erst vor kurzem mußte der Chef der Automobilarbeitergewerkschaft UAW, Douglas Fraser, eingestehen: "Wir sind Gefangene - es gibt keinen Ausweg". Die Weltwirtschaftskrise hat den Wirtschaftskoloss in seinen Grundfesten erschüttert. Massenarmut greift um sich. Elf Millionen Amerikaner sind offiziell arbeitslos registriert. Mit einer Arbeitslosenrate von fast 11% ist damit der höchste Stand seit 41 Jahren erreicht. Viele Arbeitslose sind völlig mittellos, weil es im Höchstfall 49 Wochen Arbeitslosenunterstützung gibt.

### Detroit im Niedergang

Für Schlagzeilen in der Welt- und in der spanischen Presse sorgte die katastrophale Lage in der Autometropole Detroit. Hier haben die US-Autohersteller Ford, Chrysler und General Motors ihre Hauptwerke.

Die Stadt hat heute eine Arbeitslosenrate von 25%. Die Menschen verelenden. In der Stadt droht Hungersnot. Gleichzeitig sind die USA das Land mit den höchsten Agrarüberschüssen. Die Lebensmittellager platzen aus den Nähten. Allein die Getreidevorräte sind nach der diesjährigen Rekorderte auf 373 Millionen Tonnen angewachsen. Aber immer weniger Amerikaner können sich ausreichend Nahrungsmittel kaufen. Die Kohlen der einheimischen Bergwerke liegen auf Halde und die Armen können sich keine Heizung leisten. Bereits im letzten Winter sind Hunderte verhungert und erfroren. Gerade der Niedergang von Detroit ist eine Lehre für die internationale Arbeiterbewegung. Die Stadt wurde 1979 und 1980 plötzlich von der Krise in der Automobilindustrie mitgerissen und die

Automobilarbeitergewerkschaft hat vor ihr kapituliert.

### Internationale Konkurrenz

Die zweite Nachkriegskrise in der Autoindustrie hat die US-Konzerne besonders hart getroffen. Sie verloren an Konkurrenzfähigkeit gegenüber japanischen und deutschen Herstellern wegen veralteter Produktionsanlagen und überholter Modelle.

Die amerikanische Produktion sank 1980 auf den niedrigsten Stand seit mehr als 20 Jahren. Alle drei US-Autohersteller haben erstmals seit den 30er Jahren gleichzeitig riesige Verluste eingefahren. Wie immer wälzten die Bosse ihre Krise auf die Arbeiter ab. Im Jahre 1980 waren bis zu 325.000 Automobilarbeiter befristet arbeitslos. Heute sind noch immer 250.000



OBER: Arbeitslose im Flur eines Arbeitsamtes.

ohne Arbeit, das sind 15,4% der Automobilarbeiter. Allein Chrysler hat seine Belegschaft von 157.000 im Jahr 1978 auf 43.000 Mitte 1982 reduziert.

Anstatt die Arbeiter gegen die Bosse zu mobilisieren, zog der Gewerkschaftsvorsitzende Douglas Fraser mit den Bossen von General Motors, Ford und Chrysler vor den Kongress und forderte drastische Importbeschränkungen für japanische Autos.

Mit sinkenden Lohnzahlungen und massiven staatlichen Subventionen soll der Wettbewerbsnachteil aufgeholt werden. Von 1980 bis 1985 sollen 80 Mrd. Dollar für Rationalisierungsmaßnahmen investiert werden. Das ist das größte Investitionsprogramm in der Geschichte der amerikanischen Autoindustrie.

### Lohnverzicht sinnlos

"Spätestens von 1985 an will Detroit mit neuen Maschinen und neuen Fabriken neue, hauptsächlich kleinere Modelle fertigen, mit so wenig menschlicher Arbeit wie möglich. Nur wenn der heimische Markt... und das Ausland wesentlich mehr Autos 'Made in USA' kaufen werden, wird es für die amerikanischen Automobilarbeiter dann auch ausreichend Jobs geben. Eine Rechnung, die angesichts der Investitionsvorhaben europäischer und japanischer Konkurrenz, die ebenfalls für den Export leben muß, nicht aufgehen wird." (Stuttgarter Zeitung 14.4.82)

Dennoch hatte sich die Automobilarbeitergewerkschaft UAW bereiterklärt, auf Kosten des Lebensstandards der Arbeiter den Bossen Luft zu verschaffen.

### Rationalisierung

Für die amerikanischen Automobilarbeiter und für ihre Kollegen in anderen Ländern werden sich diese Zugeständnisse nicht auszahlen. Die Konzerne haben dagegen Spielraum erhalten, und ihre Rationalisierungsinvestitionen zu finanzieren. Rationalisierung bedeutet aber bei stagnierenden Märkten weiteren Arbeitsplatzabbau. Außerdem

werden Überkapazitäten aufgebaut, die zu neuen Firmenzusammenbrüchen führen werden, und wenn nicht in Detroit, dann in Europa oder Japan.

### Krise bei VW

Wie kurzfristig die Politik der Gewerkschaftsführung ist, zeigte einige Monate später die Krise bei VW. Ende 1982 mußten in der BRD 75.000 Arbeiter des Konzerns kurzarbeiten. Im ersten Halbjahr 1983 sollen alle inländischen VW-Werke kurzarbeiten und im Werk Wolfsburg soll die Belegschaft um 4.500 abgebaut werden. Dies liegt zum Teil daran, daß die Expansionspolitik von VW in den USA kläglich gescheitert ist. VW hatte zunächst vom Niedergang der amerikanischen Autoindustrie profitiert. Die Absatzzahlen stiegen. Der Konzern erhoffte sich die Rückgewinnung seines amerikanischen Marktanteil aus den frühen 70er Jahren von 5%. Das Volkswagenwerk investierte eine halbe Milliarde Dollar. In Detroit wurde ein neues Werk gebaut. Doch der Absatz geriet ins Stocken noch ehe die neuen Kapazitäten eingesetzt wurden. Allein 1982 ist der Verkauf gegenüber dem Vorjahr um fast die Hälfte zurückgegangen. Nicht einmal die bestehenden VW-Werke konnten ausgelastet werden. Ohne in Betrieb genommen zu sein, steht das neue VW-Werk in Detroit zum Verkauf an. Und weil es niemand haben will, wurde der Preis inzwischen von 300 Milliarden Dollar auf 150 Milliarden Dollar gesenkt.

### Internationalismus

Die Strategie des Kapitals geht nur auf, weil die Gewerkschaften bis heute keine Perspektive und kein Konzept für ein gemeinsames Handeln über die Grenzen hinweg aufzeigen. Stattdessen unterstützen sie sogar die nationalistischen Scheinlösungen der Kapitalisten.

### Internationale Solidarität

Dabei sind die Voraussetzungen für einen internationalen Widerstand so gut wie noch nie. Die Konzerne haben ihre Produktionsstätten über die ganze Welt verteilt. Die einzelnen Teile eines Autos werden oft in verschiedenen Ländern oder Kontinenten produziert. Dadurch bestehen Abhängigkeiten in der Produktion, die für die Gewerkschaften als Machtmittel gegen das Kapital eingesetzt werden können. Es gibt nur noch Großbetriebe in der Autoindustrie. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Branche ist weltweit sehr hoch. Automobilarbeiter gehören weltweit zu den kampferfahrensten und bewußtesten Arbeitern.

Die Arbeitsplätze in der Autoindustrie können nur gehalten werden, wenn die Kapitalisten enteignet werden und die Produktion unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften gestellt wird. Dann kann durch einen internationalen Produktionsplan der Einsatz des vorhandenen Produktionspotentials im Interesse der Arbeiterklasse geregelt werden. An die Stelle von Arbeitslosigkeit kann Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich eingeführt werden.

Ursel Beck, Stuttgart  
Mitglied der Jungsozialisten

# Sozialistische Regierung in Spanien - Arbeiter erwarten Taten



Regierungschef Gonzalez

Mit dem Wahlsieg vom 28. Oktober 1982 hat die traditionsreiche Sozialistische Arbeiterpartei PSOE mit 46% der Stimmen zum ersten Mal in der spanischen Geschichte die absolute Mehrheit erobert. In 44 von 52 Provinzen lag sie vorn. In den Industriezentren wie auch im ländlichen Andalusien betrug ihr Anteil weit über 50 Prozent. Gleichzeitig sind die Überreste der bisherigen Regierungspartei kläglich gescheitert.

Vor dem Hintergrund einer katastrophalen wirtschaftlichen Lage erwarten die PSOE-Wähler einen grundlegenden Wandel. Die Arbeitslosigkeit dürfte dieses Jahr auf über 17% anwachsen. Von gegenwärtig 2 Mio. Arbeitslosen beziehen nur 250.000 Arbeitslosenunterstützung. Das Wirtschaftswachstum betrug 1982 wenig über Null, die Infla-

tionsrate liegt weiterhin bei rund 15%. Der allgemeine Lebensstandard der Arbeiter, Bauern und Tagelöhner ist in den letzten Jahren zurückgegangen, und in vielen südspanischen Dörfern gehören Hunger und bittere Armut zum Alltag. Dazu kommen noch zahlreiche Skandale wie Korruption, Speiseölvergiftung und äußerst milde Strafen für die Putschisten vom 23. Februar 1981.

In vielen Orten haben die Arbeiter und Jugendlichen zwar den PSOE-Wahlsieg gefeiert, aber richtiger Jubel wie in Frankreich oder Griechenland ist nicht aufgekommen. Die meisten wollen kritisch abwarten, ob die neue Regierung tatsächlich eine konsequente Politik für die arbeitende Bevölkerung durchführt.

Das Wahlprogramm der PSOE ist ein äußerst gemäßigtetes Reformprogramm. Trotz schwerer Wirtschaftskrise soll kein Bereich der Wirtschaft verstaatlicht werden. Nur beim Hochspannungsnetz hat der Staat jetzt 51% Anteil. Jetzt sind die 40-Stunden-Woche, der 30-tägige Jahresurlaub und das Rentenalter von 64 Jahren eingeführt worden.

Weitere Reformen wie Verlängerung der Schulzeit, Vorschul-erziehung, jährlich 400.000 neue Wohnungen, Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und die Schaffung von jährlich 200.000 neuen Arbeitsplätzen sind versprochen worden. Doch die Parteiführung sagt nicht, wie sie all die Reformen finanzieren und gegen das Kapital durchsetzen will.



Interview mit einem jungen Gewerkschafter

# BAHN WILL 1500 AUSZUBILDENDE

# NICHT ÜBERNEHMEN!

Die Bundesbahn will zum Ende dieses Lehrjahres im Bundesgebiet 1.500 Lehrlinge nicht in ein festes Arbeitsverhältnis übernehmen. Ein Teil von ihnen wurde 1980 im Rahmen eines Sonderprogramms zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit eingestellt. 2.400 Ausbildungsplätze im gewerblich-technischen Bereich sollen unbesetzt bleiben. Hans Blunck sprach mit Georg Kempf, in Ausbildung bei der Bahn in Stuttgart. Georg ist aktives GdED-Mitglied.

VORAN: Gehörst Du auch zu den Lehrlingen, die nicht übernommen werden sollen?

Georg: Nein, ich mache eine Ausbildung als Bundesbahnsassistentenanwärter und muß daher übernommen werden. Aber allein hier in Stuttgart sollen 250 bis 300 Azubis nicht übernommen werden.

VORAN: Was bedeutet das für die Betroffenen? Haben die überhaupt Chancen auf andere Arbeitsplätze?

Georg: Von den 3.000 Jugendlichen, die als Junggehilfen oder Beamte im Vorbereitungsdienst arbeiten, sollen 800 mit Berufen entlassen werden, die es nur bei der Bahn gibt. Die allermeisten sind Ausländer. Von den "normalen" Azubis, also denen mit normalen Lehrberufen, werden 700 nicht übernommen. Zum Teil werden ihnen Ersatztätigkeiten angeboten: als Weichenschmierer oder als Putzfrau - mit gehöriger Lohnabstufung versteht sich. Manche werden auch in andere Ausbildungsgänge bei der Bahn übernommen: Azubis mit Vorbildung sozusagen - und die Bahn stellt weniger Neue ein.

Unterm Strich haben die meisten der 1.500 keine Chancen mehr in ihrem Beruf.

VORAN: Du bist in der Gewerkschaft der Eisenbahner (GdED) aktiv, was läuft denn da?

Georg: Ja, ich bin als GdED'ler im Ortsjugendausschuß des DGB! Die GdED-Bundesjugendleitung hat am 6. Dezember eine Demo in Bonn organisiert. Es sollten nur 500 Leute kommen und der Kundengebietraum in einer Schulaula war auch dementsprechend klein. Es kamen aber 2.000 zu der Demo, und die haben den GdED-Vorsitzenden Ernst Haar bei seiner Rede ausgepöfien, weil sie mehr Entschlossenheit forderten.

VORAN: Macht Ihr auch was vor Ort?

Georg: Wir haben vor, hier in Stuttgart einiges zu organisieren. Aktionen vor der Direktion und in den Lehrwerkstätten. Die Azubis sind jedenfalls voll dabei - die denken, sie haben nichts zu verlieren. Entlassen werden sie auch ohne Kampf. Und wenn das alles nichts hilft, kommt es vielleicht zum Streik. Die Stimmung ist da, und die Solidarität wird immer größer.

VORAN: Wie verhält sich die Gewerkschaftsführung? Plant sie auch Aktionen?

Georg: Die GdED plant keine Aktionen. "Wir verhandeln weiter" sagt Ernst Haar, und: "Die Leute sind nicht so weit". Und er macht Vorschläge, z.B.: In den Ausbesserungswerken, die geschlossen werden sollen, will er Bundeswehrfahrzeuge reparieren lassen. Wenn das wahr wird, ist er die aktiven Jugendlichen in der GdED los!

VORAN: Damit wird die Argu-

mentation geteilt, daß die Defizite zu hoch sind und daher die Kosten gesenkt werden müssen?

Georg: In dem Punkt jedenfalls. Bei der Arbeit sagen wir ironisch: "Jede nichtverkaufte Fahrkarte vermindert das Defizit" - weil ja Streckenstilllegungen das Defizit senken sollen. Und je weniger Fahrkarten verkauft werden, desto mehr Strecken können stillgelegt werden! Die Ursache der Defizite liegt aber in der total falschen Verkehrspolitik.

VORAN: Kannst Du Beispiele dafür geben?

Georg: Das geht los bei den Preisen: Die werden von einer 20-köpfigen Tarifkommission bestimmt, in der außer drei Bundesbahnvertretern unter anderem sechs Spediteure und Industrielle sitzen! Die haben natürlich kein Interesse an niedrigen Bahnpreisen. Und statt das Schienennetz auszubauen, will CDU-Dollinger 3.000 neue Autobahnkilometer bauen. Im Güterverkehr wird auch zu wenig eingenommen. Die Bahn ist z.B. verpflichtet, die Güter der Montanindustrie zu billigeren Tarifen zu befördern. Wir haben einen ganzen Ordner mit Sondertarifen! Und durch die Subventionen für LKW-Transporte ist die Bahn zu teuer, außer bei Fahrten in die Provinz. Aber die guten Strecken, wo man verdienen könnte, werden von LKW's gefahren.

VORAN: Was muß sich Deiner Meinung nach ändern?

Georg: Das wichtigste: der Verkehr muß auf die Schiene. Beispiele wie das "rosarote Wochenende" im letzten Jahr zei-

gen, daß die Leute auch mit der Bahn fahren, wenns zahlbar ist. Die Bahn wäre dann auf einen Schlag raus aus den roten Zahlen. Fremdfirmen dürfen nicht mehr zugelassen werden. Und Entlassungen darf es natürlich keine geben.

Anmerkung: Zwei Wochen, nachdem dieses Interview geführt wurde, kam es zwischen der GdED-Führung und dem

Bundesbahnvorstand sowie Verkehrsminister Dollinger zu einer Einigung: danach sollen von den 1.500 Azubis ca. 1.100 übernommen werden. Allerdings mit 32-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich. Das bedeutet eine Lohnsenkung um 20%. Der normale Facharbeiter hat dann statt bisher 1.300 bis 1.400 nur noch ca. 1.100 DM in der Lohn-tüte.

## CDU-Politik:

# Ausländer als Sündenböcke

María Clara Roque  
Mitglied der SPD +  
SJD - Die Falken  
Wiesbaden

In der Regierungserklärung vom 13.10.82 hat der neue Bundeskanzler Kohl drei Ziele einer "menschlichen" Ausländerpolitik benannt:

1. Integration der hier lebenden Menschen aus anderen Ländern.
2. Begrenzung des weiteren Zuzugs.
3. Hilfen für die "freiwillige" Rückkehr in das Heimatland.

Deutungshilfen gibt uns u.a. ein Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion vom 18.1.82 im Parlament, der "Anstoß für die Entwicklung eines umfassenden Konzepts zur Lösung des Ausländerproblems ... im Hinblick auf die langfristigen Auswirkungen über die Jahrhundertwende hinaus" geben sollte.

Darin wird u.a. angeführt: "Das Wahlrecht, auch das kommunale Wahlrecht für Ausländer, wird abgelehnt." "Die Zusammenführung von Familien soll in erster Linie durch Förderung der Rückkehr in die Heimat bewirkt werden."

In der Begründung dazu wird dann noch hervorgehoben, daß "die Grenze der Belastbarkeit für unseren Staat und seine Bevölkerung ... erreicht" und z.T. "sogar weit überschritten" ist und "infolge dieser Entwicklung heute schon irreparabel

Schäden drohen." In einem Fernsehgespräch am 3.10.82 ließ Kohl unter Hinweis auf die "zu große Zahl" von Türken durchblicken, wie dieser "Drohung" begegnet werden solle: durch rasche Einleitung von Schritten zur Rückführung in das Heimatland in einer "menschlich-anständigen" Weise.

Nähere Angaben gab z.B. der CDU-Landesverband Hessen bekannt: "Die CDU will erreichen, daß in ca. fünf Jahren die Zahl der Ausländer in Deutschland um etwa eine Million abnimmt."

Mit diesen und anderen Reden unterstützt die CDU/CSU die Milchmädchenrechnungen, die angestellt werden ("1 Million weniger Ausländer = 1 Million weniger Arbeitslose"), anstatt die wirklichen Ursachen für die Wirtschaftskrise zu erklären.

Dadurch hat auch die NPD an Kraft gewonnen, denn Sündenböcke werden immer gebraucht wenn es kriselt. Ihre Parole "Ausländer raus!" fand viele Anhänger. Sehr viele Emotionen werden dadurch geweckt, daß Politiker wie z.B. Bundestagspräsident Stücklen (CSU) von einer "Ausländerüberschwemmung" sprechen und von der Gefahr einer ethnischen Bedrohung.

# KRANK ZUR ARBEIT

"Zum ersten Mal seit der Rezession 1967 weniger als 5% Krankmeldungen." So überschrieb die bürgerliche Frankfurter Allgemeine einen Artikel vom 25.11.82 über den rückläufigen Krankenstand in der BRD. Immer mehr Arbeiter trauen sich nicht mehr sich krankschreiben zu lassen, aus Angst ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Unser Mitarbeiter Dieter Janßen sprach darüber mit der angehenden Arzthelferin Regina. Sie ist Mitglied der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken.

VORAN: In welcher Art von Praxis arbeitest Du?

Regina: Ich bin in der Ausbildung bei einem Arzt für Chirurgie und Arbeitsunfälle. Wir behandeln Knochenbrüche, Prellungen, Schnittverletzungen usw.. Zu uns kommen hauptsächlich Arbeiter, aber auch Angestellte, z.B. mit Kreuzbeschwerden.

In letzter Zeit lassen sich viele Patienten nicht mehr so oft und nicht mehr so lange wie früher krankschreiben. Besonders Arbeiter aus Betrieben, in denen Entlassungen anstehen, gehen oft früher zur Arbeit zurück, als es ihre Krankheit zuläßt. Dies kann leicht zu Frühinvalidität führen und zu vermehrten Arbeitsunfällen, weil sie sich nicht richtig konzentrieren können und noch geschwächt sind.

VORAN: Arbeitslosigkeit führt also dazu, daß Patienten zum Teil ihre Krankheit nicht mehr ausheilen lassen. Zum anderen macht die Angst vor Arbeitslosigkeit auch krank. . .

Regina: Da hatten wir vor kurzem einen besonders schlimmen Fall. Eine junge Frau, 18 Jahre alt, hatte vor ein paar Monaten hier zu arbeiten begonnen und einen Kredit aufgenommen, um sich hier einzurichten. Dadurch, daß die Busverbindungen zu ihrem Arbeits-

platz schlecht sind, ist sie anfangs öfters zu spät gekommen, worauf der Arbeitgeber ihr kündigte. Sie war so verzweifelt, daß sie sich im Büro mit einer Schere die Pulsadern aufschneiden wollte und dann zu uns gebracht wurde.

VORAN: Mit steigender Arbeitslosigkeit wird dieses Problem immer schlimmer. Was glaubst Du, kann man dagegen tun?

Regina: Die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit ist ja nicht von den Leuten verursacht worden, die heute darunter leiden müssen. Wenn schon die ganze Zeit gekürzt wird, dann wird es Zeit, daß an der richtigen Stelle gestrichen wird, z.B. bei der Rüstung. Wenn die Arbeiter in der Rüstungsindustrie sinnvolle Produkte herstellen könnten, würde das den allgemeinen Lebensstandard heben und außerdem stünde mehr Geld für soziale Einrichtungen zur Verfügung.



Juso-Basis im Wahlkampf

# JUGEND FÜR DEN SOZIALISMUS

## Schwarzfahrerfest in Stuttgart

Wieder einmal sind im Stuttgarter Verkehrs- und Tarifverbund die Fahrpreise drastisch erhöht worden, und zwar um satte 8,5%. Dadurch sind jetzt endgültig Fahrpreise entstanden, die den Sinn des Öffentlichen Nahverkehrs (Fahrten zu erschwinglichen Preisen) widerlegen. Begründet werden die Erhöhungen mal wieder damit, daß mehr Geld für den Streckenausbau und für die Erhaltung oder gar Erhöhung der Serviceleistung gebraucht wird. Tatsächlich wird mit der Erhöhung der Fahrtko-

sten die zukünftige Stadtbahn finanziert, welche wiederum die Stilllegung weiterer Linien im Verkehrsverbund Stuttgart mit sich bringt. Es ist eine völlig verfehlte Verkehrspolitik, wenn der Öffentliche Nahverkehr nach dem Motto "Mehr Fahrkomfort (1. Klasse in S-Bahnen) zu höheren Preisen" läuft und gleichzeitig Bus und S-Bahn kaum noch eine echte Alternative zum Auto darstellen. Das darf nicht so bleiben! Jeder dürfte die hohen Umweltschäden, die Verschwendung von Rohstoffen und Ener-

gie und die sozialen Folgekosten kennen, die der Autoverkehr mit sich bringt. Jährlich kommen 13.000 Menschen im Straßenverkehr um und werden 150.000 Menschen schwer verletzt.

Die Jusos Stuttgart, zu denen in den letzten Monaten viele Neumitglieder gestoßen sind, haben jetzt diese Probleme aufgegriffen. Sie organisierten ein "Schwarzfahrerfest", zu dem 250 bis 300 interessierte Leute kamen.

Sketche, Lieder, ein Quiz zum Thema "Fahrpreiserhöhung"

und nicht zuletzt die Musik der Langenauer Gruppe "April" sorgten für einen Erfolg. Sechs Tage später folgte der ernstere Teil: Eine Podiumsdiskussion mit Vertretern von Bahn, Grünen, ÖTV, Betriebsräten der "Plakat"-Gruppe von Daimler-Benz und dem Arbeitskreis Verkehr. Mit 70 Zuhörern war auch diese Veranstaltung nicht schlecht besetzt.

Lars-Martin Dudde, Stuttgart  
Mitglied der Jungsozialisten



**Schwarzfahrerfest**  
für alle die gegen Fahrpreiserhöhungen sind  
Samstag, 15. Januar ab 18.00 Uhr  
im Jugendhaus Mitte  
Quiz: Hauptgewinn 40 Mark  
Sketche, Lieder, Gags...

**Rock mit APRIL**  
Zum Nulltarif

**NEIN ZU WUCHERFAHRPREISEN!**

**Podiumsdiskussion**  
Kapitalistische Verkehrspolitik in der Sackgasse  
Freitag, 21. Januar um 19.30 Uhr  
im Jugendhaus Mitte

Auf dem Podium: Uwe Müller, Gerd Rathgeb, Thomas Schaller, Rolf Penzel, Dietmar Rainbord

**JUNGSOZIALISTEN IN DER SPD**

## Mitgliederwerbung in Aachen

Wir Aachener Jusos haben uns schon im Dezember überlegt, wie wir den Wahlkampf führen wollen, und einen Arbeitskreis gebildet, um Vorschläge und Ideen zu sammeln.

Wir wollen alles tun, damit die reaktionäre Kohl-Regierung abgelöst wird. Um wirklich sozialistische Politik zu machen, braucht die SPD die absolute Mehrheit. Gleichzeitig müssen aber auch die Jusos gestärkt werden, damit wir mithelfen können, dafür zu sorgen, daß die SPD auch wirklich eine Politik im Interesse der Arbeiter, Frauen und Jugendlichen durchführt. Darum soll es nicht bloß

bei einer Wahlaufforderung für die SPD bleiben. Wir sagen: "Am 6. März SPD wählen! Für den Sieg der SPD! Aber noch wichtiger: Mitglied der SPD werden und aktiv bei den Jusos mitarbeiten!"

Ab Ende Januar werden wir vier Flugblätter zu den Themen Wirtschaftspolitik, Sozialabbau, Frieden und Abrüstung und Umweltprobleme verteilen. Von Montag bis Donnerstag wird vor Schulen und Betrieben verteilt, und am Freitag findet eine Juso-Versammlung zu dem jeweiligen Thema statt. Dadurch wollen wir Jugendliche für den Sozialismus und für die Mitarbeit bei den

Jusos gewinnen. Zunächst sollen mindestens 20 Neumitglieder für die bestehenden AGs geworben werden. Nach dem Wahlkampf ist es hoffentlich auch möglich, in anderen Stadtteilen neue AGs aufzubauen.

Als krönenden Abschluß veranstalten wir wahrscheinlich kurz vor dem Wahltag eine Juso-Wahlkampffete.

\*Für den Sieg einer SPD-Alleinregierung am 6. März!

\*Für die Stärkung des sozialistischen Flügels in der SPD!

Leo Schiffer, Aachen  
Juso-AG-Vorsitzender  
Aachen-Mitte

## Arbeitslosenpodium in Remscheid

Die Jusos in Remscheid haben sich in Ihrem Wahlkampf folgende Schwerpunkte gesetzt:

Als Wahlkampfauftakt organisieren wir eine Veranstaltung mit dem Juso-Bundesvorsitzenden, Rudolf Hartung, der zu aktuellen Themen Stellung nimmt.

Als größere politische Veranstaltung findet eine Podiumsdiskussion zu dem Thema Arbeitslosigkeit statt. Es nehmen teil: Vertreter von Juso, SPD, Arbeitsamt und Betriebsräte. Außerdem ist ein Belegschaftsvertreter des seit dem 4. November 1982 besetzten Betriebes Georg Heckel GmbH in Saarbrücken eingeladen, der berichten wird, wie es zu der Besetzung kam und welche Zukunftsaussichten für die Belegschaft bestehen.

Auf dieser Veranstaltung sollen die Ursachen der Arbeitslosigkeit, die weiteren Aussichten und Lösungsmöglichkeiten diskutiert werden. Ein ehemaliger Betriebsratsvorsitzender, der von einer Betriebsschließung betroffen wurde, erzählt, wie die Belegschaft von der Chefin hinter Licht geführt wurde.

Die Juso-AG Süd hat sich schon vorher mit diesem Thema ausführlich befaßt. Anlässlich einer Massenentlassung gaben wir ein Flugblatt heraus, das als Diskussionsgrundlage für die Be-

kämpfung der Arbeitslosigkeit unter anderem sinngemäß folgende Forderungen erhob:

- Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle durch die Einführung der 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust.
- Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung.

In den letzten 4 Wahlkampfwochen wird eine Flugblattserie zu den Themen BaföG, Mieten, Arbeitslosigkeit und Frieden herausgegeben und planmäßig vor Betrieben, Berufs- und weiterführenden Schulen verteilt.

Um einzelnen Interessenten zu ermöglichen, im lockeren Rahmen mit uns Kontakt aufzunehmen und zu diskutieren, machen wir jede Woche freitags ein Stammtisch, zu dem wir als Anziehungspunkte etwas bekanntere Genossen, z.B. unseren Bundestagskandidaten einladen.

Außerdem sind geplant: eine Diskussionsveranstaltung Jusos gegen Grüne oder Junge Union, eine Filmveranstaltung zum Thema Frieden ein Jungwählerbrief und eine Jungwählerfete.

Iris Cirkel  
Jusos Remscheid Süd

## Berufsschul-Aktionen in

## Neheim-Hüsten

Unsere Juso-AG wird im Wahlkampf zwei Hauptaufgaben haben. Zuerst einmal wird sie den SPD-Ortsverein in seinen Wahlkampfaktivitäten unterstützen. Sei es bei den Informationsständen, beim Plakatieren oder beim sonntäglichen "ZaS"-Verteilen. Unsere Hauptaufgabe jedoch wird unser eigener Beitrag zum Wahlkampf sein. Hierbei sind in erster Linie die Jugendlichen bzw. die Erstwähler unsere Zielgruppe. Unsere Hauptthemen werden die BaföG-Streichungen, die Jugendarbeitslosigkeit (Wirtschaftspolitik), die Ausländerfeindlichkeit, der Neozionismus und die Friedenspolitik (Stationierung der Cruise Missiles und der Pershing II) sein. Das wird sicherlich auch für uns be-

deuten, daß wir unsere, zur SPD-Spitze gegensätzlichen Meinungen klar und deutlich herausstellen müssen. Wir müssen aber auch zeigen, daß wir unsere sozialistischen Ziele nur in der SPD durchsetzbar sehen. Unsere Juso-AG wird im Wahlkampf mehrere Informationsstände durchführen. Weiterhin werden wir an einer Podiumsdiskussion mit anderen politischen Jugendorganisationen teilnehmen. Bei unseren Infoständen werden wir auch selbst erarbeitete Material verteilen. Auch selbstgemalte Wahlplakate werden wir neben den vom Bundessekretariat und Bezirk herausgegebenen Plakate benutzen. Wir werden in der Wahlkampfzeit verstärkt vor den Schulen und Berufsschulen auftreten.

Weitere Aktionen sind noch in der Planung. Wir hoffen mit den VORAN-Lesern auf einen erfolgreichen Wahlkampf.

Christoph Leclaire  
Juso-AG Neheim-Hüsten



•Die Industrie richtet dieses Jahr wieder 10000 Lehrstellen neu ein. Vielleicht ist diesmal endlich eine für dich dabei, Papa!

**Arbeitsplatzabbau zerstört Kölner Stadtteil**

# RETTET EHRENFELD

## Jusos müssen aktiv werden!

Köln-Ehrenfeld ist ein traditionelles Arbeiterviertel. Es gehört zu den wenigen Stadtteilen, in denen noch Arbeiten und Wohnen an einem Ort möglich ist. Dies soll nun anders werden. Firmen und Konzernbesitzer haben beschlossen, daß Ehrenfeld zugunsten einer besseren Rentabilität geopfert werden muß. Allein im Metallbereich sollen im Jahre 1983 weitere 2.000 Arbeitsplätze vernichtet werden.

**Erste Kontakte**

Wir hielten es für nötig, uns an Ort und Stelle bei den Betriebsräten von zwei betroffenen Betrieben zu informieren, da in der örtlichen Presse so gut wie gar nichts berichtet wird. So beschlossen wir spontan, bei Kolb und Strunck anzurufen und baten um ein Gespräch. Die Kollegen haben sich gefreut, daß wir Jusos uns für ihre Probleme interessieren und vor allem da-

rüber, daß wir unsere Unterstützung und praktische Hilfe angeboten haben. Wir waren erstaunt zu hören, daß wir die ersten Jusos überhaupt waren, die sich in den betroffenen Betrieben blicken ließen.

Die Situation wurde uns folgendermaßen beschrieben: Strunck Verpackungsmaschinenfabrik, zu 100% in Bosch-Händen, soll — obwohl es sich um einen kerngesunden Betrieb handelt — in Ehrenfeld geschlossen und die Produktion nach Bergisch-Gladbach verlegt werden. Dort muß allerdings erst die Bosch-Tochter Hamac-Höller dicht machen und deren Produktion nach Viersen verlagern.

Auf einer Protestveranstaltung der IG-Metall mit den betroffenen Kollegen und Bürgern des Stadtteils Ehrenfeld sagte der Betriebsratsvorsitzende von Strunck, Rolf Becker: "1982 sind die Gewinne um 30% gestiegen. Der Vollständigkeit

halber sei gesagt, daß die Löhne keineswegs um 30% gestiegen sind."

**Der Mensch zählt nicht**

Die unlogische und kostspielige Verlagerung hat für normal denkende Menschen nur einen Sinn: Arbeitsplätze zu vernichten! Das Schicksal der 350 Strunck- und 170 Hamac-Höller-Kollegen und ihrer Familien spielt bei den Überlegungen der ehrwürdigen und um das Wohl des Volkes bemühten Herren des Bosch-Management keine Rolle. Es geht im Kapitalismus nun einmal einzig und allein darum, daß die Profite der Unternehmer stimmen; der Mensch ist in diesem System zweitrangig.

**800.000 DM Abfindung**

Seit 1970 gehört Kolb zum bundeseigenen DIAG-Konzern,

und seitdem geht es trotz Verstaatlichung bergab. Hauptursache ist sicherlich die kapitalistische Wirtschaftskrise. Bei Kolb kam hinzu: entwicklungshemmendes Management, Mißwirtschaft, Verantwortungslosigkeit — und fürstliche Abfindungen! Weil ein Manager sich als allzu untauglich erwies, wurde er nach einem 3/4 Jahr entlassen; doch die Abfindung betrug 800.000DM! Manager müßte man sein!

1982 schließlich wird der zu 75% gewerkschaftlich organisierten Belegschaft eröffnet, daß Kolb — weil nicht mehr rentabel — Pleite macht. Es stimmt, daß Kolb Verluste macht, aber sind nicht 500 Arbeitslose viel unrentabler?! Die Belegschaft jedenfalls wehrt sich gegen die geplanten Entlassungen. Dreimal schließen sich die Arbeiter in einem Warnstreik zusammen; nachdem der Betriebsrat alle legalen Mittel gegen die geplanten Entlassungen ausgeschöpft hatte, war aber der Erfolg recht gering. 160 Arbeitsplätze sind in Gefahr. Wahrscheinlich soll der Betrieb über kurz oder lang endgültig geschlossen werden.

**Unterschriften-Aktion**

Seit den ersten Gesprächen haben acht Jusos von unserer AG mit einem Betriebsratsmitglied aus einem anderen betroffenen Betrieb, EMI-Elektrola, in der Einkaufsstraße unseres Stadtteils an einem Samstag morgen eine Unterschriften-Ak-

tion durchgeführt. Trotz regnerischem Wetter und verschmierter Tinte sammelten wir 150 Unterschriften gegen die Arbeitsplatzvernichtung in Ehrenfeld. Außerdem nahmen wir an einer Großveranstaltung der IG Metall teil.

Die Betriebsräte von Bosch-Strunck, Kolb und anderen Ehrenfelder Betrieben haben sich zusammengeschlossen, um ihre Arbeitsplätze zu retten. Schickt Solidaritätsschreiben und Unterschriften an:

Kollege Rolf Becker  
Betriebsrat bei Bosch-Strunck  
Lichtstr. 30  
5000 Köln 30

Um diese Entwicklung aufzuhalten, können wir Jusos nur fordern:

- \*Keine Betriebs- und Produktionsverlagerungen!
  - \*Keine Entlassungen, sondern Aufteilung der Arbeit bei vollem Lohn!
  - \*Bei Schließung eines Betriebes Übernahme durch den Staat!
- Doch besonders der Niedergang des DIAG-Konzerns zeigt, daß es mit Verstaatlichung allein noch nicht getan ist, solange keine demokratische Kontrolle gewährleistet ist. Daher fordern wir:
- \*demokratische Kontrolle und Verwaltung der staatlichen Betriebe durch Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat zu gleichen Teilen. . .

von Mitgliedern der Juso-AG  
Köln Altstadt-Nord



Arbeitslose beim Arbeitsamt: Wir müssen uns wehren!

**Zivildienstleistende:**

# Erfolgreicher Streik

Die Kohl-Regierung versucht, alle Diskussionen, durch die die Bundeswehr in Frage gestellt werden könnte, durch Schaffung strengerer Gesetze zu unterdrücken und Kriegsdienstverweigerer von der Wahrnehmung ihrer Rechte abzuschrecken.

In ihrem neuen Gesetz hat sie die überall umstrittene Gewissensprüfung nicht abgeschafft, wie anfangs behauptet. In der Möglichkeit, Anträge auf Kriegsdienstverweigerung nach Aktenlage abzulehnen, ist eher noch eine Verschärfung zu sehen. Auch die Verlängerung des Zivildienstes dient der Abschreckung.

Ungefähr 60 Vertreter der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) aus dem ganzen Bundesgebiet haben sich daraufhin am 11./12.

Dezember 82 getroffen, um bundesweit zum Streik am 27.1.83 gegen das neue Gesetz und für die Abschaffung jeglicher Gewissensprüfung aufzurufen.

Da die SOdZDL nur eine kleine Organisation ist, war die Vorbereitung schwierig, zumal die ZDL'er über fast alle Orte verteilt und deshalb schwer zu erreichen sind.

Die Presse reagierte auf unsere Erklärungen anfangs überhaupt nicht. Deshalb mußten wir einige Rundbriefe und Rundtelefonate starten, um über das neue Gesetz zu informieren, auf den Streik aufmerksam zu machen und zur breiten Mobilisierung anzuregen. Als das geschehen war, setzte eine Eigendynamik ein. Immer mehr ZDL'er hörten von dem Streiktermin und beteiligten sich an den Vorbe-

reitungen.

Daß dann am 27.1. über 11.000 ZDL'er streikten, hatten wir selbst nicht erwartet. In über 250 Orten wurden Aktionen durchgeführt, um über das neue Gesetz und seine Auswirkungen zu informieren und zum Widerstand aufzurufen.

Neben der Darstellung unserer Forderungen verwies die bürgerliche Presse immer wieder auf die "Illegaltät" unseres Streiks. Wir meinen: spätestens, wenn es um die Verteidigung unserer Grundrechte gegenüber "unserer Regierung" geht, halten wir Streiks für ein absolut legitimes Mittel. Wir fordern das Streikrecht nicht nur für uns, sondern auch für Wehrpflichtige und Beamte.

Helko Wehde, Kiel

# Wie kommt es zur Arbeitslosigkeit?

Olaf Kellermann, Hamburg

Die jetzige Zahl der Arbeitslosen beträgt 2,2 Millionen. Im Jahreswirtschaftsbericht Lambsdorffs für 1983 ist die durchschnittliche Arbeitslosenzahl auf 2,4 Millionen angesetzt worden.

Die weltweiten Ausmaße der Rezession verhindern die Erfolgsaussichten herkömmlicher Rezepte. Die Ursachen der Krise reichen an die Wurzeln des Sy-

stems.

Die Ursachen liegen im chaotischen System des Kapitalismus, das nicht wir, sondern die Unternehmer kontrollieren. "Kontrollieren" ist allerdings zu viel gesagt — denn nicht mal mehr die Unternehmer kriegen ihr eigenes System in den Griff. Sonst gäbe es ja keine Krise. . .

Der Kapitalismus beruht auf der Konkurrenz privater Fabrikbesitzer, denen es um ihre Profite geht. Das führt unvermeidlich dazu, daß riesige Überkapazitäten aufgebaut werden. Die Arbeiter schaffen mit ihrer Arbeitskraft die Werte und Waren, die sie dann mit ihren Löhnen zurückkaufen müssen. Die Unternehmer sacken als Profit die unbezahlte Arbeit der Lohnabhängigen ein. Wenn der Punkt erreicht ist, wo aufgrund der Überkapazitäten die Arbeiter mit ihren zu geringen Löhnen die von ihnen hergestellten Waren nicht mehr zurückkaufen können, ist die Krise da: Die Unternehmer bleiben auf ihren Produkten sitzen, sie führen Kurzarbeit ein, später gehen sie zu Massenentlassungen über. So schaffen sie Massenarbeitslosigkeit.

Während die Regierungsparteien auf privatwirtschaftliche Betätigung — erleichtert durch öffentliche Hilfsmittel — setzen, befürwortet die Opposition staatliche Aktivitäten. Beide Vorstellungen stoßen sich jedoch an den privatwirtschaftlichen, also unternehmerischen Inter-

essen. Denn private Investitionen lassen sich durch nichts anderes als die zu erwartenden Profite, die Rentabilität, herbeiführen. Diese aber hängen von der Aufnahmefähigkeit des Marktes ab, und die ist zur Zeit denkbar schlecht.

**Kaufkraft**

So ging z.B. die Stahlproduktion in der BRD 1982 um 13,8% gegenüber dem Vorjahr zurück. Vorhandene Produktionsmöglichkeiten werden also überhaupt nicht genutzt. Der Arbeitsplatzabbau ist die unabdingbare Folge dieser mangelnden Auslastung. Denn aus Unternehmersicht ist es nur natürlich, wenn notwendige Kosteneinsparungen durch Entlassungen oder niedrige Löhne bewerkstelligt werden sollen.

Notwendigerweise wird durch diese Maßnahme die Nachfrage weiterhin herabgesetzt, da den Verbrauchern das Geld knapper wird und ihre Kaufkraft abnimmt.

Die Krisen des Kapitalismus können erst verhindert werden, wenn das gegenseitige Kaputt-konkurrieren abgeschafft ist, wenn die gesamte Produktion aller Kapitalisten geplant wird. Und wenn sich jeder Kapitalist an den Plan hält. Aber davon will keiner etwas wissen. Darum bleibt nur eine Möglichkeit: eine sozialistische Wirtschaftsordnung, in der die Produktion planmäßig durchgeführt wird und unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung steht.



Nach dem Willen der NATO sollen ab Ende dieses Jahres 572 atomare US-Mittelstreckenwaffensysteme in den 5 europäischen NATO-Staaten stationiert werden. Mit den neuen "Pershing II" und den "Cruise Missiles" sollen die Bevölkerungs- und Militärentrennen der westlichen UdSSR treffsicher vernichtet werden können. Die Urheber der NATO-"Nachrüstung" nehmen bewußt in Kauf, daß Mitteleuropa zum Schauplatz eines "begrenzt durchführbaren Atomkrieges" werden könnte. Die US-Regierung kalkuliert, daß die BRD das erste Land sein wird, das dem Erdboden gleichgemacht wird, und verlegt wohl deshalb ihre europäische Kommandozentrale von Stuttgart nach Großbritannien.

### Friedensbewegung

Aus mangelndem Vertrauen in diese Geheimdiplomatie und wegen der Heuchelei der NATO und Säbel-Rassel-Politik von Reagan entstand eine enorme Bewegung gegen die Nachrüstung. Unzählige Veranstaltungen wurden abgehalten, lange Diskussionen geführt, Resolutionen und Appelle verabschiedet, Unterschriften gesammelt. Dennoch sind die Nachrüstungspläne noch nicht vom Tisch. Immer mehr Aktivisten der Friedensbewegung wird deutlich, daß die bisherige Form der Bewegung und ihre Mittel nicht ausreichen, um die Stationierung der Raketen zu verhindern.

### Staatliche Unterstützung

Jeder Stationierungsort soll zu einem Bürgerkriegsschauplatz werden. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß so eine Auseinandersetzung viel härter werden wird. Der Staat wird seine ganzen Unterdrückungsinstrumente (Polizei, Justiz, Militär) einsetzen, um seine militärischen Einrichtungen zu verteidigen. Die Baden-Württembergische CDU-Regierung hat bereits bei den friedlichen Blockaden von Militäreinrichtungen zum dritten Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses 293 Demonstranten vorübergehend festgenommen. Es wurde sogar extra einen Tag vorher ein Gesetz in Kraft gesetzt, wonach Demonstranten die Kosten für Polizeieinsätze selbst bezahlen müssen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß der Kampf gegen die Startbahn West in einer Niederlage endete. Mit solchen Kämpfen allein kann die Stationierung nicht verhindert werden.

### Arbeiterbewegung

Letzten Endes kommt es auf die organisierte Arbeiterbewegung an. Bedauerlicherweise war die Auseinandersetzung innerhalb von SPD und DGB bisher ein einziges Drama.

Von Anfang an haben die Führer der Sozialdemokratie ständig auf ihre Rolle als Friedenschützer hingewiesen. Sie wollten uns sogar glaubhaft

## Im Wahlkampf muss die SPD Farbe bekennen

# RAKETEN-STATIONIERUNG VERHINDERN!

## Mobilisierung der DGB-Basis notwendig

machen, daß der NATO-Doppelbeschuß den Frieden sicherer machen würde. Viele Mitglieder wandten sich enttäuscht von SPD und DGB ab und organisierten sich in den unabhängigen Friedensinitiativen.

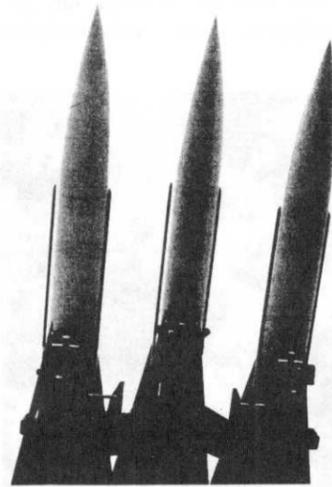
### Basis gegen Doppelbeschuß

Die Mehrheit der SPD-Mitgliedschaft und zumindest ein beachtlicher Teil der Gewerkschaftsmitglieder sind gegen die Nachrüstung. Dennoch hat es der rechte Flügel in SPD und DGB bisher geschafft, eine eindeutige Ablehnung des Nachrüstungsbeschlusses zu verhindern. Auf dem Parteitag der SPD vor einem Jahr konnten die Rechten eine Verschiebung der Entscheidung bis Ende 1983 durchsetzen. Während einige Einzelgewerkschaften bereits eindeutige Beschlüsse gegen die Nachrüstung gefaßt haben und sogar nach Aktionen des DGB verlangten, drückt sich die DGB-Führung um eine klare Entscheidung zum NATO-Doppelbeschuß.

Sowohl SPD, als auch DGB-Führung wollen sich auf sogenannte "politische Mittel" in Rüstungsfragen beschränken. Sie verstehen darunter Appelle an die Regierungen von USA und UdSSR, die Genfer Verhandlungen erfolgreich abzuschließen. Zwei SPD-Landtagsabgeordnete (M. Sexauer und J. Schröder), die sich am 12. Dezember 1982 an einer Blockadeaktion vor dem US-Hauptquartier in Stuttgart beteiligten, gerieten deswegen unter harten Beschuß ihrer Fraktionskollegen.

### Einseitige Abrüstung

In der SPD müssen wir uns für die Forderung nach bedingungsloser Abrüstung einsetzen, wie es z.B. die britische Labour-Party auf ihrem Parteitag mit 2/3 Mehrheit beschlossen hat. Für den Fall einer CDU/CSU-Regierung muß deutlich gemacht werden, daß die Aufrüstung auch mit außerparlamentarischen Mitteln bekämpft werden muß.



In diesem Sinne war die Aktion der beiden Landtagsabgeordneten ein Schritt in die richtige Richtung. Blockaden und Demonstrationen müssen aber eine klare Stoßrichtung haben. Wir müssen uns fragen: Wie viele Hunderttausend müssen es wie lange an den Plätzen aushalten! Was sollen sie gegen Polizeieinsätze und Gerichtsurteile unternehmen? Denn ohne Unterstützung durch die organisierte Arbeiterbewegung wird die Friedensbewegung

ihre Ziele gegen den Staatsapparat nicht durchsetzen können. Dies gilt vor allem für diejenigen Arbeiter, die direkt oder indirekt mit der Stationierung zu tun haben. Aktive Gewerkschafter diskutieren bereits über mögliche Arbeitskämpfmaßnahmen gegen die Stationierung - ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung.

### Kämpfe verallgemeinern

Insgesamt kommt es jetzt darauf an, den Kampf gegen die Nachrüstung und den Rüstungswettlauf überhaupt zu verbinden mit dem Kampf gegen all die anderen Übel der kapitalistischen Gesellschaft, wie Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, sinkender Lebensstandard.

Die notwendige Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen die Nachrüstung darf sich nicht auf diesen Punkt beschränken. Denn selbst wenn die Nachrüstung verhindert werden kann, gibt es immer noch Waffenpotential, um die Welt mehrmals zu vernichten. Und wenn die Kapitalisten Kriege nötig haben, werden sie nicht davor zurückschrecken, dieses Potential einzusetzen. Deshalb ist für die Zukunft der gesamten Menschheit von entscheidender Bedeutung: Wird die Arbeiterklasse aus den in den nächsten Jahrzehnten unvermeidlich ausbrechenden Klassenkämpfen siegreich hervorgehen? Wird sie den Übergang zu einer weltweiten sozialistischen Demokratie vollbringen, um dann eine völlige Abrüstung durchführen zu können und Kriege aller Art auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen.

Ursula Beck, Stuttgart  
Juso-Mitglied

## "Wir wollen ein Zeichen setzen"

"Am 3.11.82 haben wir aus der Zeitung erfahren, daß der Betrieb bis zum 31.3.83 geschlossen werden soll. Daraufhin haben wir den Betrieb besetzt," erklärt ein Kollege.

"Wir arbeiten weiter normal in drei Schichten, aber wir verbringen unsere ganze Freizeit hier im Betrieb. Wir schlafen und essen hier. Unsere Frauen unterstützen uns voll. Sie helfen mit, uns zu verpflegen, und setzen sich auch in der Öffentlichkeit für den Erhalt der Arbeitsplätze ein," fügt ein anderer hinzu.

Wir reden noch mit weiteren Kollegen und fragen nach ihrer Meinung: "Wir haben den Betrieb besetzt, weil wir wissen: wenn wir gar nichts machen, haben wir überhaupt keine Chance.

Zwei Demonstrationen, Fackelzüge, Hungerstreik und andere Aktionen haben nicht viel gebracht. Überall finden große Demonstrationen statt, aber die werden schnell wieder vergessen."

"Wir wollen mit der Betriebsbesetzung auch ein Zeichen setzen, die Vernichtung von Tausenden von Arbeitsplätzen zu verhindern. Jeder Arbeitsplatz, der heute vernichtet wird, fehlt morgen unseren Kindern."

"Das System hat sich überhaupt nicht geändert. Das Kapital macht immer noch das, was es will und setzt sich über uns Arbeiter hinweg."

Wir erkundigen uns nach der bundesweiten Solidarität. "Unser Kampf zur Erhaltung von Ar-

### Fortsetzung von Seite 1:

beitsplätzen hat schon einige kleine Erfolge gezeigt. Die Öffentlichkeit wurde aufmerksam, der Solidarisierungseffekt ist sehr groß, und wir zeigen, wie man sich wehren kann."

"Unterstützung erhalten wir aus dem ganzen Bundesgebiet, quer durch alle Einzelgewerkschaften (auch von der Gewerkschaft der Polizei), von Parteien, Kirchen und vielen Einzelpersonen."

Dieter Janßen, Mannheim  
Karl-Heinz Rölke, Remscheid

Anschrift für Solidaritätsschreiben:

Betriebsrat der Fa. Gg. Heckel  
Altenkesseler Str. 17  
6600 Saarbrücken

## VORAN IST UMGEZOGEN

... und teilt hiermit die neue Anschrift und Rufnummer mit:  
VORAN, Reinwardtstr.2, 5630 Remscheid 11, Tel 02191/54932

## ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren...  
und habe 9,60 DM auf das Postscheckkonto Hans-Gerd Öfinger, PschA Essen Nr. 170 20-433 überwiesen. (Abopreis für 6 Ausgaben) Lieferung erfolgt ab Nr. 63 nach Zahlungseingang. Einsenden an: Redaktion VORAN, Reinwardtstr. 2, 5630 Remscheid 11

Name:

Adresse: